

Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 18. Februar 2012

Zukunft für Arbeit

Einleitung

Deutschland galt in den vergangenen 20 Jahren mit seinen, im OECD-Vergleich niedrigen Wachstumsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit und seinem vergleichsweise starren Arbeitsmarkt als schlechtes Beispiel des EU Gründungs-Staaten. Heute hat es sich durch die Robustheit des Arbeitsmarktes und durch die Dynamik der Volkswirtschaft in der Krise zum Musterschüler gemausert. "Die Krise scheint das angelsächsische Wachstumsmodell in Verruf zu bringen und gleichzeitig das Festhalten am deutschen Modell zu rechtfertigen", so zitiert der "Economist"¹

Die Bundesrepublik Deutschland schafft es dabei scheinbar spielend, den wohl schwersten konjunkturellen Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise 1929 hinter sich zu lassen. Während die meisten OECD-Länder die Rezession bis heute noch nicht überwunden haben, scheint Deutschland diese schon wesentlich früher überstanden zu haben und sogar gestärkt aus ihr hervorgegangen zu sein. Die Hartz-Reformen und die daraus resultierende Lohnzurückhaltung der Tarifparteien und pessimistische Annahmen der Unternehmen haben dazu geführt, dass wir heute den höchsten Beschäftigungsstand in Deutschland seit der Wiedervereinigung haben.

Da dieser konjunkturelle Verlauf am Arbeitsmarkt in den bisherigen Aufzeichnungen einmalig und eine ähnliche Tendenz in den übrigen OECD-Ländern nicht erkennbar ist, sprechen viele Berichterstatter der Medien und Wissenschaftler sogar vom „deutschen Arbeitsmarktwunder“. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der deutsche Arbeitsmarkt noch nicht fit für die wachsenden Aufgaben des demo-

¹ Welt am Sonntag (2010): Das Deutsche Wunder.

25 graphischen Wandels ist. Fachkräftemangel, zu viel staatliche Regulierung und ein
26 wachsendes soziales Gefälle zeigen, dass es noch viel zu tun gibt, um den kom-
27 menden Generationen eine Chance auf ein nachhaltiges Leben in Wohlstand zu si-
28 chern.

29

30 **Fachkräftemangel**

31 Seit Jahren wird ein Fachkräftemangel für Deutschland prognostiziert. In Teilbereichen
32 ist er bereits eingetreten. Fehlende Ingenieure, Angestellte im Gesundheitswesen und
33 fächerspezifischer Lehrermangel ist real präsent.

34 Dabei lebt Deutschland von seinen Innovationen und qualifizierten Fachkräften. Bis
35 2025 werden dabei nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit noch rund 6,5
36 Millionen Menschen zusätzlich weniger auf dem Arbeitsmarkt sein. Es ist also nicht
37 davon auszugehen, dass sich der Fachkräftemangel von alleine behebt. Eine Lö-
38 sung kann nur durch eine Erhöhung der absoluten Zahl der Arbeitnehmer sowie
39 durch eine Steigerung der Wertschöpfung je Arbeitnehmer erfolgen. In den letzten
40 Jahren konnte dabei jedoch beobachtet werden, dass mehr Erwerbspersonen ausge-
41 wandert sind, als an Zuzug von Fachkräften registriert wurde. Es wandern also
42 nicht genügend ausländische Fachkräfte ein, um den Wegzug einheimischer Fach-
43 kräfte zu kompensieren.

44 Schlüsselaspekte hierbei sind vor allem die Arbeitsbedingungen. Steigende Gehälter
45 sind dabei unumgänglich. Es muss gelingen ein attraktives Arbeitsklima zu schaffen,
46 in dem sich sowohl Arbeitnehmer, als auch Arbeitgeber wohl fühlen und sich aufei-
47 nander verlassen können. Das bedeutet sowohl Angleichung der Gehälter auf Stan-
48 dards von anderen Industrieländern, als auch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes,
49 kontrollierte Integration von neuen Fachkräften aus dem Ausland, Sicherung und Er-
50 weiterung der Bildungs- und Qualifikationsstandards, gute Lebensbedingungen und
51 ein positives gesellschaftliches Klima, das investitions- und unternehmerfreundlich
52 eingestellt ist. Flexible, aber durchaus verlängerte Arbeitszeiten sind erforderlich. Ein
53 fließender Renteneintritt nach Wunsch der jeweiligen Erwerbsperson wird notwendig
54 aber auch ältere Arbeitnehmer ab 55 Jahren müssen viel stärker am Arbeitsmarkt
55 Partizipation erfahren, der Ausschluss dieser ist ein nicht zu bemessener Wissens-

56 verlust. Ein weiterer wesentlicher Wettbewerbsvorteil auch im Vergleich mit den an-
57 deren europäischen Staaten ist das deutsch duale System aus Berufsausbildung im
58 Betrieb und begleitender Berufsschule. Eine praxisnahe und hochqualifizierte Ausbil-
59 dung ist ein optimaler Weg der Nutzung vorhandener Ressourcen und der Heran-
60 führung an den Beruf.
61 Ein weiterer Ausbau sollte daher erfolgen.

62 Zur Sicherung der Bildungsstandards muss ein Zuzug weiterer ausländischer Arbeits-
63 kräfte nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet werden. Entsprechend eines
64 Punktesystems erhalten diese nach ihren unterschiedliche Qualifikationen, je nach
65 Marktlage entsprechende Bewertungen. Sprachkenntnisse und die Bereitschaft der
66 gesellschaftlichen Teilhabe sind dabei jedoch zwingend erforderlich. 8bDer Nachzug
67 von Familienangehörigen ist ebenfalls zu vereinfachen.

68 Große Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland ha-
69 ben entsprechend restriktive Maßnahmen ergriffen und sind bei qualifizierten Einwan-
70 derern immer noch beliebt. Lediglich die Arbeits- und Lebensbedingungen sind ent-
71 scheidend, ob sich zukünftige Fachkräfte in Deutschland niederlassen. Der Verwäs-
72 serung von Qualifikationen muss passend entgegengewirkt werden. Neben Reduzie-
73 rung der Abbruchquoten in Schule und Studium müssen Abschlüsse bundesweit ver-
74 gleichbar sein. Die Wertigkeit von Schulabschlüssen muss erhalten bleiben. Dem
75 ideologischen Irrglauben, dass jeder Mensch Abitur benötigt, muss entschlossen ent-
76 gegengewirkt werden. Insbesondere der Vergleich des Bildungssystems mit anderen
77 Ländern ist kritisch zu betrachten. Allgemein müssen Bildungswesen und Arbeitsmarkt
78 transparenter gestaltet werden. Erlass von Studiengebühren

79 Nicht nur der Staat, sondern auch die private Wirtschaft sowie jeder einzelne Bürger
80 kann und muss mithelfen, dass Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.
81 Moderate Lohnanpassung, flexible Arbeitszeiten, Sicherung der Qualifikationsstandards

und die Schaffung einer Willkommenskultur werden wichtige Bausteine zur Erreichung dieses Ziels sein, dementsprechend fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

- Den Ausbau der attraktiven Arbeitsbedingungen, wie ganztägige Kinderbetreuungsangebote, Ausbau der Vollzeitstellen, interdisziplinäres Verhalten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und Reduzierung der Zeitarbeitsstellen.
- Eine Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer und Rentner ab 55 Jahren durch gezielte Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und Aufbaumaßnahmen, u.a. durch Aufführung in den Statistiken der BA (Arbeitslose über 55).
- Die Erprobung von Maßnahmen um Fachkräfte in Deutschland zu halten, bspw. durch Anreize, Selbstverpflichtungen .
- Ein stetiges Austauschen von Bildungsträgern und der Wirtschaft um Erfordernissen schnell und gezielt gerecht zu werden. Abbau von Überqualifizierungen durch Optimierung und Reduzierung der jeweiligen Lehrpläne und Ausbildungsinhalte.
- Das Schaffen von hohen Mindeststandards in Schulen mit bundesweiten Vergleichsmöglichkeiten. Dementsprechende muss die qualitative Ausbildung der Quantitativen vorgezogen werden.
- Die Sicherung und das Bewerben des Zuzugs aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten Fachkräften; orientiert an einem Punktesystem, dass sich u.a. von der Profession der Arbeitskräfte abhängig ist und stetig aktualisiert wird. Gute Sprachkenntnisse sämtlicher immigrierender Familienangehörigen, sowie die Bereitschaft am gesellschaftlichen Zusammenleben müssen gewährleistet sein. Schnelle Verwaltungsprozesse und die Schaffung einer Willkommenskultur garantieren dabei, neben guten Arbeits- und Lebensbedingungen, eine steigende

107 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei außereuropäischen Fach-
108 kräften.

- 109 • Ein Abbau staatlicher Regulierung, sowie ein fließender Rentenübergang ohne
110 „Altersschranke“ und Erhöhung der Grenzen der Zuverdienstmöglichkeiten von
111 Rentnern.

112

113 **Soziale Verantwortung**

114 Trotz der wirtschaftlich guten Lage leben immer mehr Menschen in Angst und Sorge
115 vor einem möglichen sozialen Abstieg. Es ist kein Vertrauen in soziale Sicherungs-
116 systeme vorhanden. Die Notwendigkeit von Mobilität und Flexibilität fordern Familie
117 und das weitere soziale Umfeld jeden einzelnen Beschäftigten heraus. Ein starkes
118 Bekenntnis nach hoher Mobilität erfordert von Arbeitnehmern mit Familie eine große
119 Willensbereitschaft und Aufgabe sozialer Kontakte und schlussfolgernd die Entfernung,
120 fortschreitend bis zum Härtefall, der Entwurzelung und schließlich Verkümmern von
121 Gesellschaftskontakten. Immer mehr Menschen leben alleine oder sind zumindest
122 alleinerziehend, die Auswirkungen lassen sich u.a. in den Armutsberichten ablesen
123 (Fußnote). Die so genannten Single-Haushalte merken oft erst im Alter, dass
124 ihnen Fürsorge und Gesellschaft fehlt, dem Staat fallen hohe soziale Kosten in der
125 Pflege, Betreuung und Unterbringung an, zusätzlich zu den Sekundäreffekten, wie
126 Abhängigkeit von Drogen oder Überschuldung.

127 Der Staat leistet durch die sozialen Sicherungssysteme Schutz, die leeren Haus-
128 haltskassen führen hingegen unweigerlich zu Kürzungen in diesen Bereichen. Neben
129 der Grundsicherung kann der Staat keine weitere Fürsorge finanziell übernehmen.
130 Hier sind die Bürger gefragt, aber auch Unternehmen können sich hervorragend
131 positiv für die Gesellschaft direkt vor Ort einbringen.

Der aktivierende Sozialstaat bleibt die Basis für konstruktive Anreize. Potentielle Arbeitnehmer, die sich der Arbeit verweigern und gleichzeitig Transferleistungen erhalten, müssen mit dem Verlust sämtlicher Leistungen rechnen. Die Akzeptanz der wirklichen Hilfsbedürftigen ist durch Sozialmissbrauch massiv gesunken, die soziale Ausgrenzung steigt zunehmend. Jedes Kind muss daher sensibilisiert werden, dass Arbeit ehrbar ist. Jeder der arbeiten will, sollte auch die Möglichkeit zur Arbeit bekommen. Gleichwohl ist es Aufgabe der Wirtschaft dafür zu sorgen, dass jeder Arbeitnehmer mit seiner Familie von dessen Gehalt leben kann. Die momentane Problematik des demographischen Wandels ausgelöst durch niedrige Geburtsraten in den letzten 50 Jahren. Die soziale Verantwortung liegt hierbei nicht allein beim Staat, sondern es ist ein aktives Zusammenwirken von staatlicher Fürsorge, gesellschaftlichen Engagement der Bürger und der Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber der Gesellschaft nötig. Das Bewusstsein für die soziale Verantwortung muss wieder stärker im Vordergrund stehen. Nur so kann und wird das friedliche und verständnisvolle Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, unterschiedlicher Herkunft und sozialer Stellung gewährleistet werden und Deutschland weiterhin ein attraktives und zukunfts-fähiges Land bleiben.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

- Ein stärkeres Bekenntnis zum Ehrenamt. Die Akzeptanz und der Wille werden geschärft durch Aufklärungskampagnen und steuerliche Anreize. Schutz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die umgehende Forderung des Ausbaus des weltweit schnellsten Internetnetzes in Deutschland und der gleichzeitigen Förderung der häuslichen Einrichtung von professionellen medialen Kommunikationsarbeitsplätzen für eine familienfreundliche und ergebnisorientierte Heimarbeit.

- Flächendeckende Eingliederungsmaßnahmen von ALG II Empfängern durch Projekte wie „Stadtteil aktiv“ in Kiel.
- Anti-Mobbing Kampagnen an Schulen und Kindergärten. Das Tragen von Schulduniformen sollte durch die jeweiligen Schulen geprüft werden. Sämtliche Arbeitgeber haben entsprechendes Verhalten ihrer Mitarbeiter zu unterbinden und in keiner Weise zu tolerieren.
- Aktive Maßnahmen zur Verlangsamung des demografischen Wandels ergreifen, erarbeitete „Aktionspläne Demografischer Wandel“ konsequent umsetzen.
- Das gesellschaftliche Engagement vor Ort stärken. Kommunen müssen ihre regionale Bedeutung hervorheben und ihre Bürger animieren sich mit einzubringen und an kulturellen Ereignissen teilzunehmen. Der Zersiedlung muss vorgebeugt, der ländliche Raum weiterhin gestärkt werden.

Institutionen am Arbeitsmarkt

Ziel einer Reform des Arbeitsmarktes muss es sein, durch Reform der institutionellen Faktoren ein neues Gleichgewicht am Arbeitsmarkt bei einer niedrigeren strukturellen Arbeitslosigkeit zu schaffen, um Vollbeschäftigung in Deutschland wieder zu ermöglichen.

Dabei gilt es die Debatte um Mindestlöhne zu beenden und sich zu klären, durch die Tarifparteien ausgehandelten, volkswirtschaftlich verantwortlichen Lohnschränken zu bekennen. Gewerkschaften haben dabei stärker als bisher ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung Rechnung zu tragen und dürfen ihre Verhandlungsmacht nicht zum alleinigen Wohl ihrer Mitglieder, gegen die Interessen der Arbeitslosen ausnutzen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) muss sich dabei noch stärker, als bisher zu

182 einer echten Serviceagentur entwickeln, bei der die schnelle Vermittlung von Er-
183 werbslosen in neue Beschäftigung absolute Priorität hat. Es gilt dabei die beiden
184 Geschäftsbereiche der Vermittlung in Arbeit und der als Verwaltungsträgerin der Ar-
185 beitslosenhilfe stärker zu trennen. Private Jobcenter könnten dabei die BA noch
186 stärker, als bisher unterstützen.

187 Weiterhin muss die Arbeitslosenversicherung vereinfacht und somit die BA als Ver-
188 waltungsträgerin der Arbeitslosenversicherung entlastet werden. Zu überlegen wäre
189 dabei z.B., keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu erheben, sondern diese
190 einfach zum Teil auf die Lohnsteuer aufzuschlagen. Arbeitslosengeld I (ALG I)
191 wäre somit dann Steuerfinanziert und ein großer Teil des Verwaltungsapparats der
192 BA überflüssig. Die Leistungsansprüche auf ALG I würden sich dann an der in der
193 Vergangenheit gezahlten Lohnsteuer bemessen und könnte ähnlich wie heute bei
194 einem bestimmten Anteil gedeckelt sein.

195 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 196 • Eine Neuorganisation der Bundesagentur für Arbeit, mit dem klaren Augen-
197 merk auf der Vermittlung von Arbeit.
- 198 • Mehr private Job Center, zur Unterstützung der BA und Erhöhung der Trans-
199 parenz auf dem Arbeitsmarkt.
- 200 • Eine vereinfachte und steuerfinanzierte Arbeitslosenunterstützung zur Senkung
201 von Verwaltungskosten
- 202 • Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die passende Arbeitsangebote abschla-
203 gen, oder nicht an Maßnahmen der BA/ Job Center teilnehmen, müssen mit
204 stärkeren Sanktionen bestraft werden.

205